

Ständerat

Conseil des Etats

Consiglio degli Stati

Cussegl dals stadis



## 18.4336 n Mo. Nationalrat (Molina). Aussenpolitische China-Strategie und Stärkung der interdepartementalen Verwaltungszusammenarbeit

---

Bericht der Aussenpolitischen Kommission vom 4. November 2019

---

Die Aussenpolitische Kommission des Ständerates (APK-S) hat an ihrer Sitzung vom 4. November 2019 die von Nationalrat Molina Fabian am 14. Dezember 2018 eingereichte und vom Nationalrat am 22. März 2019 angenommene Motion vorberaten.

Die Motion beauftragt den Bundesrat, eine kohärente aussenpolitische Strategie für China zu entwickeln und die interdepartementale Verwaltungszusammenarbeit zu stärken.

### Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt mit 7 zu 3 Stimmen, die Motion anzunehmen.

Eine Minderheit (*Germann*, Minder, Müller Damian) beantragt, die Motion abzulehnen.

Berichterstattung: Levrat

Im Namen der Kommission  
Der Präsident:

Filippo Lombardi

### Inhalt des Berichtes

- 1 Text und Begründung
- 2 Stellungnahme des Bundesrates vom 27. Februar 2019
- 3 Verhandlungen und Beschluss des Erstrates
- 4 Erwägungen der Kommission



## 1 Text und Begründung

### 1.1 Text

Der Bundesrat wird beauftragt, angesichts der Vielzahl der wichtigen Themen, die bei bilateralen oder multilateralen Treffen mit der Volksrepublik China besprochen werden, eine kohärente aussenpolitische Strategie für China zu entwickeln und entsprechend dem Memorandum of Understanding von 2007 die interdepartementale Verwaltungszusammenarbeit zu stärken.

### 1.2 Begründung

Der Bundesrat schreibt in seinem Aussenpolitischen Bericht 2007 in Kapitel 3.1. zu China Folgendes: "Angesichts der Vielzahl der wichtigen Themen, die bei bilateralen oder multilateralen Treffen besprochen werden, sollte demnächst eine aussenpolitische Strategie für China beschlossen und ein bereits paraphiertes Memorandum of Understanding über eine verstärkte Zusammenarbeit unterzeichnet werden."

Dieser Beschluss wurde bis heute - soweit ersichtlich - nicht umgesetzt. Das Memorandum of Understanding wurde zwar 2007 abgeschlossen. Die versprochene China-Strategie und die versprochene stärkere Zusammenarbeit zwischen den Departementen lassen aber bis heute auf sich warten. China vertritt seine Interessen in den Bereichen Wissenschaft, Investitionen, Infrastruktur, Multilateralismus usw. äusserst strategisch. In der Schweiz gehen die einzelnen Departemente weitgehend unkoordiniert vor. 19 Kantone und Städte sind mit China Partnerschaften eingegangen und haben entsprechende Abkommen abgeschlossen. Soweit erkennbar ist der Bund darüber ungenügend im Bilde, oft ebenso wenig, was Wirtschaft und Wissenschaft in China machen. Die fehlende Information - gar nicht zu sprechen von der fehlenden Koordination - ist angesichts des sehr strategischen Vorgehens des chinesischen Staatskapitalismus nachteilig. So kann die Schweiz ihre Interessen und ihre Werte gegenüber China nicht durchsetzen oder wenigstens wahren.

## 2 Stellungnahme des Bundesrates vom 27. Februar 2019

Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) ist zuständig für die Koordination der Aussenpolitik und stimmt sich laufend mit den involvierten Bundesstellen aus allen Departementen ab und sucht zudem den kontinuierlichen Austausch mit weiteren externen Partnern. Dies funktioniert heute bereits sehr gut und keineswegs unkoordiniert.

Mit dem wachsenden wirtschaftlichen und politischen Gewicht Chinas haben sich auch die schweizerisch-chinesischen Beziehungen intensiviert. 2016 haben die beiden Länder eine "strategisch-innovative Partnerschaft" vereinbart. Seit 2017 sind die Schweiz und China im Gespräch über eine mögliche Zusammenarbeit im Rahmen der neuen Seidenstrasse ("Belt and Road Initiative"). Der Bedarf an strategischer Koordination auch auf schweizerischer Seite bleibt damit hoch.

Im laufenden Jahr wird der Bundesrat eine neue aussenpolitische Strategie für die nächste Legislaturperiode (2020-2023) erarbeiten. Im Rahmen dieses interdepartementalen Prozesses wird er seine China-Strategie aufdatieren, Koordinationsmechanismen auf Bundesebene überprüfen und nach Bedarf anpassen und die neusten Entwicklungen aufnehmen.

Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion.



### **3 Verhandlungen und Beschluss des Erstrates**

Der Nationalrat hat die Motion am 22. März 2019 ohne Gegenstimme angenommen.

### **4 Erwägungen der Kommission**

Die Kommission unterstützt das Anliegen der Motion. Sie hält es für unerlässlich, dass auf der Stufe des Bundesrates eine China-Strategie ausgearbeitet und die Zusammenarbeit innerhalb der Bundesverwaltung intensiviert wird. Die Kommission erkennt insbesondere einen grossen departementsübergreifenden Bedarf an Informationsaustausch und Koordination. Sie unterstreicht die Wichtigkeit eines koordinierten strategischen Vorgehens der Schweiz in den Beziehungen mit China. Nur mittels einer kohärenten Strategie können die Chancen der China-Beziehungen genutzt und den Herausforderungen effektiv begegnet werden.

Die Kommission nimmt zur Kenntnis, dass der Bundesrat entschieden hat, gestützt auf die aussenpolitische Strategie 2020-2023, seine China-Strategie auf den neusten Stand zu bringen. Sie unterstützt das Vorhaben ausdrücklich und will den Fortschritt der Arbeiten aufmerksam verfolgen, um sich im Prozess der Ausarbeitung des Strategiedokuments einzubringen.

In den Augen der Mehrheit kann mit dem vorliegenden Vorstoss ein gewisser Druck auf den Bundesrat aufrechterhalten und so dafür gesorgt werden, dass dieser seine Arbeiten vorantreibt, eine kohärente China-Strategie erarbeitet und über den Fortschritt der Realisierung laufend die zuständigen Kommissionen informiert.

Die Kommissionsminderheit unterstützt die Erarbeitung einer China-Strategie und die Stärkung der interdepartementalen Zusammenarbeit ebenfalls. Allerdings erkennt sie in der Motion keinen Mehrwert, da der Bundesrat das Anliegen des Vorstosses teilt und dieses auch ohne ausdrücklichen parlamentarischen Auftrag erfüllen wird. Weiter erachtet sie die Motion für überflüssig, da die an der Ausarbeitung der China-Strategie beteiligten Departemente ihrer Ansicht nach bereits eng zusammenarbeiten.